

Präsident

Postfach 4 20, 79004 Freiburg
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Telefon-Zentrale 0761 200-0

Ihr Ansprechpartnerr
Dr. Peter Neher
Telefon-Durchwahl 0761 200-215
Telefax 0761 200-11402
Peter.Neher@caritas.de
www.caritas.de

Datum
11.12.2019

Vortrag

**„Soziale Gerechtigkeit vor Ort und in globaler Perspektive.“
Emmendingen, 28. Januar 2020
Löffingen, 06. Februar 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie mich zu diesem Abend eingeladen haben. „Soziale Gerechtigkeit vor Ort und in globaler Perspektive“ – dazu will ich gerne einen Impuls geben und mit Ihnen ins Gespräch kommen. Am Beginn aber will ich ein wenig ausholen.

Die Tagebücher von Max Frisch gehören zu den spannendsten deutschsprachigen Werken des 20. Jahrhunderts. Sie geben nicht nur einen Eindruck von den Beobachtungen, Ideen und Gedanken des Schweizer Schriftstellers. Sie regen auch immer wieder zum Nachdenken über uns und unser Zusammenleben an. Nirgendwo wird dies so greifbar wie in den Fragebögen des Tagebuchs 1966 – 1971. Immer wieder wird der Leser mit Fragen konfrontiert, die eine Reaktion einfordern. So heißt es in einem Fragebogen aus dem Jahr 1969:

„Wie rechtfertigen Sie eignen Reichtum:

a. durch Gotteswillen?

b. daß Sie es einzig und allein Ihrer persönlichen Tüchtigkeit verdanken [...]?

[...]

d. indem Sie sich sagen, daß nur die Reichen überhaupt eine Wirtschaft in Gang bringen können [...]?

[...]

e. [oder] indem Sie sich sagen, daß es seit Menschengedenken immer Arme und Reiche gegeben hat und also immer geben wird, d.h. daß Sie gar keine Rechtfertigung brauchen?“¹

Wenn wir über Gerechtigkeit sprechen, meinen wir meist soziale Gerechtigkeit und streiten darüber, wie der Besitz verteilt ist oder ob alle Menschen ähnliche Startchancen haben; wir streiten darüber, ob Leistung angemessen honoriert wird. Wie sehr diese national geführten Diskussionen mit internationalen Bedingungen verwoben sind, wird uns meist nicht unmittelbar bewusst.

¹ Max Frisch, Tagebuch 1966-1971, Frankfurt a.M. 1972, 261f.

In meinem Vortrag möchte ich deshalb auf beide Seiten sozialer Gerechtigkeit eingehen: vor Ort und in globaler Perspektive. Dabei geht es mir nicht darum, eine umfassende Gerechtigkeitstheorie zu entfalten. Ich werde Ihnen vielmehr einige Schlaglichter vorstellen, die ich mit Blick auf die Arbeit des Deutschen Caritasverbandes im In- und Ausland und aktuelle Gerechtigkeitsdiskussionen für wichtig halte. Von daher gehe ich meinem Vortrag auf folgende Punkte ein:

1. Was ist soziale Gerechtigkeit?
2. Soziale und ökologische Gerechtigkeit in der einen Welt
3. Gerechtigkeit durch Solidarität, Partizipation und Befähigung
4. Impulse, wie Gerechtigkeit praktisch werden kann

1. Was ist soziale Gerechtigkeit?

Zu Beginn habe ich die Frage von Max Frisch aufgegriffen, wie der eigene Reichtum gerechtfertigt werden könnte. Dabei gibt Frisch eine Antwortmöglichkeit, indem er auf die persönliche Tüchtigkeit verweist. Damit verbindet sich die Einschätzung, die wir alle kennen: Leistung muss sich lohnen. In politischen Debatten kennen wir diesen Aspekt von Gerechtigkeit, wenn von Leistungsgerechtigkeit die Rede ist. Dies setzt aber voraus, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben, um Leistung zu erbringen. Wir wissen, dass das nicht der Fall ist. Ungleiche Startbedingungen, materielle Ungleichverteilung, aber auch Krankheit und Alter verhindern, dass alle Menschen einer Gesellschaft die gleichen Möglichkeiten haben.

Gerade moderne Gesellschaften, wie die unsere, haben Mechanismen entwickelt, diese Ungleichheiten zu bearbeiten und nach Möglichkeit, zu überwinden. So war beispielsweise das 19. Jahrhundert von großen Umwälzungen geprägt. Die Menschen empfanden das Zusammenleben als zunehmend ungerecht. Sowohl ein großes Bevölkerungswachstum, als auch die Industrialisierung hatten eine Massenarmut hervorgebracht, wie man sie bis dahin nicht kannte. Schnell wurde deutlich, dass Appelle an Wohlhabende oder Fabrikanten nicht ausreichen.

In diesem geschichtlichen Zusammenhang ist die Gründung des Deutschen Caritasverbandes zu sehen. Angesichts der großen Not vieler Menschen verfolgte Prälat Lorenz Werthmann das Ziel, die vielen sozialen Aktivitäten der katholischen Kirche unter einem Dach zu bündeln und sie politisch wirksam zu machen. Mit eindrücklichen Worten beschrieb er die Aufgabe des 1897 gegründeten Deutschen Caritasverbandes: „Und so nehmen Sie die besten sozialen Gesetze: alles ist in Ordnung – aber die Gesetzgebung wird sich nicht fortbewegen. Warum? Es fehlt die Caritas im Herzen des Fabrikanten, [...]; es fehlt der weite Blick und das warme Herz bei dem Beamten, der die Ausführung dieser Gesetze überwachen soll. So ist die Caritas der Dampf in der sozialen Maschine.“ Sie ist „Trägerin der sozialen Versöhnung“ und „Pfadfinderin [...] für staatliche und gesetzgeberische Maßnahmen.“² In der Sprache des 19. Jahrhunderts beschreibt Werthmann eine zentrale Aufgabe der verbandlichen Caritas, die bis heute gilt: Das Aufgreifen von Missständen, Lösungskonzepte einfordern und diese mit zu entwickeln sowie die politische Willensbildung um der Menschen willen mit zu prägen.

Diese Debatten des 19. Jahrhunderts führten zu dem Bewusstsein, dass es Regelungen braucht, um gegen Ungleichheit vorzugehen oder Risiken abzusichern und damit zu einer bis dahin beispiellosen Sozialgesetzgebung. Verteilungsgerechtigkeit ist notwendig, damit Menschen in vergleichbarer Weise am Erfolg einer Gesellschaft teilhaben können. Sie ist aber auch notwendig, damit Menschen bessere Chancen in ihrem Leben haben. Oder anders formuliert: Verteilungsgerechtigkeit kann helfen, Chancengerechtigkeit herzustellen. Hierfür braucht es aber auch Regelungen, die Menschen unterstützen, beispielsweise im Bereich der Bildungsopo-

² Lorenz Werthmann, Die soziale Bedeutung der Charitas und die Ziele des Caritasverbandes, in: Charitas 4 (1899), 210-217, hier: 211.

litik. Dennoch, ob wir von Leistungsgerechtigkeit, Verteilungs- oder Chancengerechtigkeit sprechen: auch moderne Gesellschaften weisen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auf. Gerechtigkeit, so ein erstes Fazit, ist ein Idealzustand, zu dem wir immer unterwegs sein werden. Gerade deshalb aber sind wir aufgefordert, uns immer wieder dafür einzusetzen.

Insofern versteht sich die verbandliche Caritas seit ihrer Gründung Ende des 19. Jahrhunderts als Anwältin und Partnerin derer, die am Rand stehen und selbst nicht die Stimme erheben können. Sie versteht sich aber auch als Dienstleisterin mit ihren Einrichtungen und Diensten sowie als Stifterin von gesellschaftlicher Solidarität und dies nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Dass sich die Schwerpunkte der Arbeit dabei immer wieder geändert haben, ist naheliegend. Soziale Gerechtigkeit hat auch mit unserem Empfinden und unseren Einstellungen zu tun. Was wir bereit sind als ungleich zu akzeptieren oder was wir als ungerecht empfinden, ändert sich immer wieder. So hat sich der Deutsche Caritasverband im Laufe seiner Geschichte mit unterschiedlichen Themen befasst und sich für unterschiedliche Gruppen besonders eingesetzt. Vor zwei Jahren lag ein Schwerpunkt beispielsweise auf dem Thema bezahlbaren Wohnens. Unter dem Motto „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ wurden besonders Menschen in den Blick genommen, die eigentlich über ein ausreichendes Einkommen verfügen, deren Not aber, bezahlbaren Wohnraum zu finden, mittlerweile die Mitte der Gesellschaft erreicht hat.

Weitere Beispiele für Themen, die in den letzten Jahren zunehmend wichtiger wurden, sind der demografische Wandel auf dem Land oder – speziell in internationaler Perspektive – die Folgen des Klimawandels für besonders benachteiligte Gruppen.

Soziale Gerechtigkeit hat aber nicht nur mit materiellen Fragen zu tun. Sondern auch mit der Möglichkeit, sich an der Politik zu beteiligen. Eine Gesellschaft wird erst dann sozial gerechter, wenn sie Menschen die Möglichkeit gibt, sich für die eigenen Belange einzusetzen. Und damit geht es um Beteiligung und Mitbestimmung.

Dabei denken wir schnell an Wahlen und die Ungerechtigkeiten beispielsweise in Ländern des Ostens oder Südens. Die Forderung nach Beteiligung stellt aber auch so manche Praxis in Deutschland in Frage. So ist es seit einigen Jahren eine Forderung des Deutschen Caritasverbandes, dass arme Menschen bei der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts selbst mit einbezogen werden. So wurden bei der Erstellung des aktuellen Berichts 30 von Armut betroffene Menschen in das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu einem Workshop eingeladen. Dabei wurden unterschiedliche Fragen diskutiert. Was sind die Ursachen von Armut? Was bedeutet Armut für die Betroffenen? Welchen Beitrag leisten staatliche und nicht-staatliche Möglichkeiten der Unterstützung bei der Bewältigung eines Lebens in Armut? Auch wenn die Aufnahme in den Bericht nicht direkt gelang, wurde damals der Workshop auf der Homepage dokumentiert. Und immerhin ist es gelungen, dass Betroffene in den direkten Austausch mit dem Ministerium kamen. Derzeit wird der sechste Armuts- und Reichtumsbericht erarbeitet. Im Gegensatz zu früheren Jahren sollen dieses Mal auch die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der Armut von Betroffenen stärker in den Bericht einfließen. Sollte dies gelingen, wäre das ein wichtiger Schritt in Richtung Beteiligung.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen:

Soziale Gerechtigkeit hat damit zu tun, wie wir unser Zusammenleben gestalten. Wir diskutieren soziale Gerechtigkeit häufig unter den Merkmalen der Leistungs-, Verteilungs- und Chancengleichheit. Gleichzeitig braucht es die Möglichkeit, sich an politischen Prozessen beteiligen zu können. Der Hinweis des Zweiten Vatikanischen Konzils, dass der Mensch „Grund, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist“ (GS 25,1) und sein muss, ist eine Forderung, die bis heute herausfordert.

2. Soziale und ökologische Gerechtigkeit in der einen Welt

Die Menschenrechte sind ein Ausdruck des Wunsches nach Gerechtigkeit. Unter dem Eindruck des Unrechts vor und während des Zweiten Weltkriegs einigte man sich 1948 auf eine Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Betrachtet man die hier festgehaltenen Rechte, fällt auf, dass es sich vor allem um Freiheitsrechte handelt.

In den Jahrzehnten nach der Unterzeichnung gab es unterschiedliche Anfragen und weitere Erklärungen, wie zuletzt die Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2008. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass es für Teilhabe und Selbstbestimmung mehr braucht als Freiheitsrechte. Gerade in benachteiligten Regionen der Welt wurde die Forderung nach sozialen Menschenrechten laut. Aber auch die Debatten über weltweite Klimaabkommen verdanken sich unter anderem der Erkenntnis, dass es sich hier um Fragen der Gerechtigkeit handelt.

In wenigen Texten wurde die Verbindung der ökologischen mit sozialen Fragen so eindrücklich entfaltet wie in der Enzyklika *Laudato Si* von Papst Franziskus aus dem Jahr 2015. Es handelt sich um die erste Enzyklika überhaupt, in der sich ein Papst primär Umweltfragen widmet. Gleichzeitig wäre es zu kurz gegriffen, sie darauf zu reduzieren. Handelt es sich letztlich doch weniger um eine Umwelt- als vielmehr um eine Gerechtigkeitsenzyklika. Ganz im Geiste seines Namensgebers, des Heiligen Franziskus, nimmt der Papst darin die Ursachen und Auswirkungen der ökologischen Probleme in den Blick und verbindet so ökologische und soziale Themen. Insofern kann *Laudato si* als „grüne Sozialenzyklika“³ bezeichnet werden.

Die Liste der von Papst Franziskus beklagten ökologischen Probleme ist dabei genauso lang wie bekannt. Allem voran nennt er die steigenden Müllberge. Diese stehen im Zusammenhang mit dem weltweiten Konsum und der Wegwerfkultur. Neben der Müllproblematik nehmen der Klimawandel und dessen menschliche Ursachen eine zentrale Stelle ein. Aber auch Fragen wie dem Zugang zu sauberem Trinkwasser und dem Verlust der biologischen Vielfalt widmet sich der Papst im ersten Teil der Enzyklika. Dabei betont er immer wieder deren soziale Konsequenzen, die vor allem die Ärmsten zu spüren bekommen. Ökologische und soziale Ungerechtigkeit gehören für den Papst zusammen. Entsprechend formuliert er: „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklicher ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die *Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde*.“⁴

Das zentrale Grundproblem für die ökologische Krise sieht Papst Franziskus im vorherrschenden und das heißt in diesem Fall in einem verkürzten Weltbild einer dominant gewordenen technokratischen Sichtweise.⁵ Diese prägt unser Selbstverständnis als Menschen und damit zwangsläufig auch unser Handeln. In diesem Weltbild greift der Mensch in die Natur ein, um den maximalen Gewinn aus den Dingen zu ziehen. Er versucht kühl kalkulierend seine Zwecke zu erreichen und zieht die Kosten und den Nutzen allein für sich selbst in Betracht. Papst Franziskus betrachtet danach ein instrumentelles Verständnis vom menschlichen Handeln sehr kritisch, das sich die natürlichen Ressourcen allein für seine Zwecke zu Eigen macht.⁶

³ Thomas Jansen, Mehr als eine Umweltenzyklika, in: Konradsblatt 99 (2015) Nr. 26, 20.

⁴ Enzyklika *Laudato Si* von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus, 24. Mai 2015 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 202), LS 49. Hervorhebungen im Original (Künftig zitiert als: LS).

⁵ Vgl. LS 106.

⁶ „Daher dürfte es nicht verwundern, dass sich mit der Allgegenwart des technokratischen Paradigmas und der Verherrlichung der grenzenlosen menschlichen Macht in den Menschen dieser Relativismus entwickelt, bei dem alles irrelevant wird, wenn es nicht den unmittelbaren eigenen Interessen dient.“ (LS 122)

Diese Logik einer Ertragsmaximierung ist, so der Papst, zur dominanten Denkstruktur der Moderne und damit sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft prägend geworden. Speziell die Wirtschaft funktioniert in diesem Sinne der Ertragsmaximierung, ohne Rücksicht auf den Menschen zu nehmen. „Diese Wirtschaft tötet.“⁷ So Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben Evangelii Gaudium.

Die Warnung des Papstes ist eindeutig: Der Markt kann keine ganzheitliche Entwicklung des Menschen sowie dessen soziale Aufgabe gewährleisten.⁸ Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Logik des Marktes unser Zusammenleben in vielen Bereichen des Alltags prägt. Demzufolge ist es schwierig, nicht von dieser Logik beherrscht zu werden.

Dennoch verfällt der Papst nicht in einen Pessimismus, sondern verweist auf die menschliche Freiheit. Der Papst wörtlich: „Die menschliche Freiheit ist in der Lage, die Technik zu beschränken, sie zu lenken und in den Dienst einer anderen Art des Fortschritts zu stellen, der gesünder, menschlicher, sozialer und ganzheitlicher ist.“⁹ Die technischen Möglichkeiten müssen danach nicht zwangsläufig dafür eingesetzt werden, den wirtschaftlichen Ertrag und den Konsum zu steigern. Vielmehr können sie genauso dafür eingesetzt werden, um die Probleme vor Ort zu lösen. Technik kann beispielsweise auch eingesetzt werden, um die Produktionsmöglichkeiten von Kleinbauern zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Angesichts der Dominanz einer technokratischen Sichtweise, ist ein Perspektivwechsel jedoch kein leichtes Unterfangen. Die Beschreibung des Papstes ist entsprechend entschieden: „Was gerade vor sich geht, stellt uns vor die Dringlichkeit in einer mutigen kulturellen Revolution voranzuschreiten. [...] Niemand verlangt, in die Zeit der Höhlenmenschen zurückzukehren, es ist aber unerlässlich, einen kleineren Gang einzulegen, um die Wirklichkeit auf andere Weise zu betrachten, die positiven und nachhaltigen Fortschritte zu sammeln und zugleich die Werte und die großen Ziele wiederzugewinnen, die durch einen hemmungslosen Größenwahn vernichtet wurden.“¹⁰

Wenn Papst Franziskus in diesem Sinn von einer gerechteren und nachhaltigeren Entwicklung spricht, geht es ihm um einen Paradigmenwechsel, der den Fortschrittsbegriff inhaltlich weitert und nicht ökonomisch verkürzt. Technologische und wirtschaftliche Entwicklung sind notwendige Komponenten für einen umfassenden Entwicklungsbegriff. Aber auch sie müssen dem Menschen und seiner Entfaltung dienen und somit in die sozialen, ökologischen oder kulturellen Bezüge des Menschen eingeordnet werden. Für ein solches Umdenken braucht es aber den Diskurs unterschiedlichster Menschen, die ihre Perspektiven und ihr Wissen einbringen.

3. Gerechtigkeit durch Solidarität, Partizipation und Befähigung

Eine Option, die Papst Franziskus anbietet ist ein anderes Ökologieverständnis, das neben der Natur und den lebenden Organismen auch die menschliche und die soziale Dimension umfasst. Er fordert eine Wirtschaft im Sinne einer Wirtschaftsökologie, welche die wirtschaftlichen und sozialen Kosten für die Benutzung der allgemeinen Umweltressourcen offen legt. Zu oft tragen Unbeteiligte die verursachten Kosten und nicht die Nutzer. Gerade im Fall von Rohstoffabbau sind häufig die Menschen, die unter den Umweltschäden leiden, nicht an den Gewinnen des Abbaus beteiligt und haben keine Möglichkeit, die Situation zu verändern.

⁷ Apostolisches Schreiben Evangelii gaudium des Heiligen Vaters Papst Franziskus, 24. November 2013 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 194), 53.

⁸ Vgl. LS 109.

⁹ LS 109.

¹⁰ LS 114.

Anfang letzten Jahres war ich in Kenia, um dort soziale Projekte zu besuchen, die von unserem Hilfswerk Caritas international unterstützt werden. Dabei besuchten wir die Region um Marsabit, einer kleinen Stadt im sehr dünn besiedelten Norden des Landes. Die Landschaft ist durch Wüstengebiete und trockene Landschaften geprägt. Es fallen nur geringe Niederschläge, die Temperaturen liegen zwischen 18 und 42 Grad. Hier, unweit der äthiopischen Grenze, lebt ein Großteil der Menschen als Nomaden oder Halbnomaden.

In den letzten zehn Jahren hat sich in dieser Region die Zahl und Intensität der Trockenphasen merklich erhöht. Während früher etwa alle zehn Jahre mit einer Dürre zu rechnen war, waren die Menschen zuletzt 2005, 2009, 2011, 2016 und 2019 mit teilweise dramatischen Dürren und deren Folgen konfrontiert. Derzeit hat die Region zusätzlich mit einer Heuschreckenplage zu kämpfen. Gerade die Dürrejahre führen in der von Nomaden geprägten Landwirtschaft zu großen Ernteausfällen. Die Nahrungsmittelpreise steigen massiv an und die Kamel- und Viehbestände gehen überproportional zurück. Gleichzeitig bedroht der Wassermangel Mensch und Tier gleichermaßen.

Der Wassermangel und die damit verbundenen Dürren bedrohen die Lebensgrundlagen aber nicht nur kurzfristig. Auch mittelfristig führen sie zu einer existenzbedrohenden Verminderung der natürlichen Ressourcen: die Qualität der Böden leidet, Weideflächen sind nicht mehr in dem Maße vorhanden und der Grundwasserspiegel senkt sich ab.

Dürren und andere Naturkatastrophen wie Überschwemmungen begleiten menschliches Leben schon immer. Dennoch ist in der Klimaforschung unbestritten, dass die Häufigkeit von Extremwetterlagen aufgrund des menschengemachten Klimawandels zugenommen hat. Vor dem Hintergrund der Beispiele wie dem in Marsabit zeigt sich, dass die Auswirkungen des Klimawandels in der internationalen Arbeit deutlicher denn je sichtbar werden. So finanzieren wir über unser Hilfswerk Caritas international Projekte zur verbesserten Anpassung an den Klimawandel, wie z.B. den Bau von Dämmen und sturmsicheren Gebäuden, die Umstellung der Landwirtschaft auf veränderte Regen- und Trockenzeiten oder den Bau von Wassertanks.

Viele Menschen, wie diejenigen, die ich im Norden Kenias getroffen habe, sind durch die Folgen des Klimawandels bedroht, ohne dass sie diesen nennenswert verursacht hätten. Gerade die Länder des Westens sind gefordert, ärmere Länder bei der Bewältigung der nicht mehr vermeidbaren klimabedingten Schäden und Verluste zu unterstützen. Da ist keine freiwillige Leistung eingefordert. Das ist vielmehr eine Frage der globalen sozialen Gerechtigkeit. Hierzu gehört die Unterstützung von Katastrophenvorsorge, wie Katastrophenfrühwarnsysteme, der Bau von Dämmen oder Wasserrückhaltebecken. Mehr aber noch geht es um ein verändertes Bewusstsein bei uns selbst.

Dies gilt auch für Unternehmen und Privatpersonen. Kompensationsfonds sind ein Ansatz, um hierfür Anreize zu schaffen. So beteiligt sich der Deutsche Caritasverband beispielsweise an der Klima-Kollekte, einem kirchlichen Kompensationsfonds. Für Reisen insbesondere mit dem Flugzeug werden Zahlungen an die Klima-Kollekte geleistet. Mit diesen Mitteln werden Klimaschutzprojekte unterschiedlicher Organisationen unterstützt. Darunter sind auch Projekte von unserem Hilfswerk Caritas international. Ein solches System schafft Anreize, den eigenen CO₂-Ausstoß als Organisation zu reflektieren und zu senken. Es bietet aber gleichzeitig die Möglichkeit, Menschen zu unterstützen, die von den Folgen unseres CO₂-Verbrauchs betroffen sind. Solche Kompensationszahlungen können auch von Privatpersonen getätigt werden.

Dennoch sind politische Entscheidungen notwendig, um einen verbesserten Klimaschutz und Entwicklungen im Bereich der Landwirtschaft und dem Verkehr anzustoßen. Wenn wir die Ausführungen des ersten Teils ernst nehmen, sehe ich hierfür keinen anderen Weg als die Versuche, Entscheidungen durch Klimakonferenzen herbeizuführen und diese endlich umzusetzen.

Soziale Gerechtigkeit fordert gerade auch im globalen Kontext, gemeinsam um Lösungen zu ringen. Partizipation, Beteiligung und Mitbestimmung sind Voraussetzungen, um gerechte Lösungen zu finden. Dies gilt auch, wenn es darum geht, die Kosten und Lasten zu verteilen. Bis 2035, so Schätzungen, werden etwa 2,1 Billionen Euro dafür notwendig sein.

Ungerechtigkeit hat viele Gestalten und Gesichter. Sie reicht von ökonomischer Armut, politischer Benachteiligung, Bildungsarmut bis hin zu ökologischer Ungerechtigkeit. Die Umweltgerechtigkeit ist hierbei eine wesentliche Dimension, ohne die Gerechtigkeit heute nicht mehr gedacht werden kann. Wer soziale Gerechtigkeit in diesem umfassenden Sinn versteht, wird Gemeinwohl nicht nur auf die Entwicklungsmöglichkeiten benachteiligter Menschen beziehen, sondern auch die Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Caritas als soziale Arbeit der Katholischen Kirche im In- und Ausland das Leitbild einer nachhaltigen sozialen Hilfe. Sie will zur Befähigung und selbstbestimmten Teilhabe der Menschen beitragen und sie nicht von Hilfen dauerhaft abhängig machen. Ein Gebot der Stunde ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Das Kriterium der Nachhaltigkeit ist deshalb in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Es wurde als „sustainable development“ bzw. „sustainability“ zentrales Leitprinzip auch für die Arbeit der Vereinten Nationen.

Ein Projekt des Deutschen Caritasverbandes, das in Deutschland die Aspekte der Befähigung mit ökologischen und sozialen Wirkungen verbindet ist beispielsweise der seit mittlerweile mehr als 10 Jahre existierende Stromspar-Check. Hier werden einkommensschwache Haushalte beim Stromverbrauch beraten. Damit wird das Bewusstsein für den Energieverbrauch gestärkt. Gleichzeitig werden der Stromverbrauch und die Kostenbelastung der Haushalte gesenkt. Die beratenden Stromsparhelfer sind Langzeitarbeitslose. Sie werden für diese Ausgabe ausgebildet und unterstützt. Dadurch erhalten sie über ihre Tätigkeit die Chance auf einen Wiedereinstieg ins Berufsleben.

In diesem Sinne gehört für mich ein letzter Aspekt entscheidend zu einem breiten Verständnis von sozialer Gerechtigkeit dazu. Neben den Aspekten von Leistungs-, Verteilungs- oder Chancengerechtigkeit, braucht es Befähigungsgerechtigkeit. Dies bedeutet, dass eine Gesellschaft in der Pflicht steht, die notwendigen Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben ihrer Mitglieder sicherzustellen. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören nicht nur materielle und strukturelle Voraussetzungen wie eine Gesundheitsversorgung und ein Bildungssystem, sondern auch immaterielle Bedingungen wie der Abbau von Diskriminierung. Das Maß, indem die Gesellschaft diese Rahmenbedingungen sicherzustellen hat, hängt von ihrer Ressourcenlage ab. Befähigungsgerechtigkeit gilt auch im internationalen Kontext. Denn viele der Probleme, die uns aktuell beschäftigen, lassen sich nicht mehr national lösen. Es braucht internationale Zusammenarbeit und Kommunikation, damit Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Wohnort die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten einzusetzen und ein zufriedenstellendes Leben zu führen.

4. Impulse, wie Gerechtigkeit praktisch werden kann

Wenn von Fragen sozialer Gerechtigkeit im internationalen Kontext die Rede ist, wirkt die Frage, was der Einzelne tun kann, schnell überfordernd. Schließlich habe ich über internationale Vereinbarungen und politische Entscheidungen gesprochen, die der Einzelne kaum unmittelbar beeinflussen kann.

Dennoch tragen wir Verantwortung, wenn es um ökologische Gerechtigkeit geht. Dazu gehören beispielsweise Fragen des eigenen Lebensstils. Oft sind es schon kleine Handlungen, die Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensbedingungen anderer Menschen haben. Angefangen bei der Frage, ob das Licht beim Verlassen eines Raumes ausgeschaltet wird oder ob Wohnungen so stark geheizt werden müssen, dass man es im T-Shirt angenehm findet. Letzt-

lich sind das Fragen des Konsums bzw. wie stark man sich nach den Möglichkeiten des Marktes richtet: Ist es beispielsweise nötig, mit jedem Modellwechsel ein neues Handy zu kaufen, wenn bekannt ist, dass der hierfür notwendige Rohstoffabbau für die Umwelt der betreffenden Länder schädlich ist und die Arbeitsbedingungen schlecht sind? Konsumenten haben die Möglichkeiten, durch ihre Entscheidungen Unternehmen zum Umdenken zu zwingen. Damit wäre ein wichtiger Schritt getan. In der Kampagne „Weit weg ist näher, als du denkst“ im Jahr 2014 haben wir die sozialen und ökologischen Auswirkungen unseres Lebensstils zum Thema gemacht. Auf den Plakaten sind Beispiele zu sehen, wie unser Handeln Konsequenzen in anderen Regionen hat – häufig, ohne dass uns dies bewusst ist. Die Plakate zeigen aber auch, wie eng nationale und internationale Caritasarbeit miteinander verzahnt sind.

Ökologische Gerechtigkeitsfragen spielen aber auch verstärkt da eine Rolle, wo junge Menschen im Fokus der Caritasarbeit stehen. Unter dem Titel „wildewaldwelt“ wurde beispielsweise im Schwarzwald ein waldpädagogisches Konzept erarbeitet. Hier arbeiten Mitarbeitende aus der Jugendhilfe und dem Forstbereich eine Woche lang mit jungen Menschen aus Jugendhilfeeinrichtungen. Den Jugendlichen werden in dieser Zeit nicht nur Maßnahmen zum Schutz des Waldes als Lebensraum nähergebracht. Sie lernen auch Verantwortung zu übernehmen und arbeiten in der Gruppe. Gleichzeitig lernen sie ein Berufsfeld kennen, das interessante Zukunftsperspektiven eröffnen könnte.

Aber auch youngcaritas – eine Plattform für soziales Engagement junger Menschen – versucht für Umwelt- und Konsumfragen zu sensibilisieren. Die Aktionen sind dabei sehr unterschiedlich und umfassen generationenübergreifende Urban Gardening-Projekte wie Kleidertauschbörsen, Aktionen zur Fairer Kleidung oder Reparatur-Cafés.

Gleichzeitig ist klar, dass die weltweiten ökologischen und sozialen Probleme nicht durch die Verhaltensänderung von Einzelnen allein gelöst werden können. Es handelt sich um globale Herausforderungen, die sich lokal zeigen und international angegangen werden müssen. Insofern kommt UN-Klimakonferenzen eine große Bedeutung zu. Es ist beängstigend, wenn gerade in Zeiten, in denen wir mehr internationale Kooperationen und Abkommen bräuchten, der Ruf nach nationalen Alleingängen größer wird und Staaten wie die USA mühsam errungene Vereinbarungen aufkündigen.

Umso wichtiger sind Aktionen wie die Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern, die in vielen Ländern für mehr Klimaschutz auf die Straße gehen. Damit setzen sie nicht nur ein nationenübergreifendes Zeichen, sondern versuchen auf nach wie vor ungelöste Probleme aufmerksam zu machen. Die Frage kann man stellen, ob es richtig ist, während der Unterrichtszeit zu demonstrieren. Dies schmälert aber nicht das Anliegen der vielen Kinder und Jugendlichen, die sich für ihre Lebensgrundlagen und die künftiger Generationen stark machen. Ihrem Engagement ist es u.a. zu verdanken, dass das Thema Klimaschutz in den politischen Debatten eine neue Bedeutung gewonnen hat.

Neben den internationalen politischen Maßnahmen sind die einzelnen Staaten in der Pflicht, angesichts der drängenden Probleme des Klimaschutzes die notwendigen Weichen zu stellen. Die Klimagasemissionen müssen deshalb deutlich reduziert werden.

Mit Blick auf die Klimapolitik der Bundesregierung drohen angesichts der vielen negativen Nachrichten die guten manchmal unterzugehen: 2019 lag der CO²-Ausstoß etwa 35% unter dem Niveau von 1990. Anders als von der Regierung erwartet, liegt das für dieses Jahr gesteckte Ziel eines Ausstoßes von 40% unter dem Niveau von 1990 damit wieder in greifbare Nähe. Diese gute Nachricht sollte als Aufforderung verstanden werden, die notwendigen politischen Schritte konsequenter als bisher zu verfolgen.

Ich kann jetzt nicht auf die einzelnen Punkte des mittlerweile verabschiedeten Klimapakets der Bundesregierung eingehen. Aber es ist gut, dass die zunächst ziemlich zaghaften Überlegungen durch den Kompromiss mit den Ländern an mehreren Stellen verbessert wurde – wie beispielsweise der höhere CO²-Preis. Dennoch handelt es sich immer noch nicht um einen großen Wurf. Zudem wird auch nach dem Kompromiss deutlich, dass der Schwerpunkt der Entlastungen der Mittelschicht zugutekommt. Oder anders formuliert: Die bisherigen Vorschläge und Beschlüsse belasten einkommensschwächere Bevölkerungsschichten in höherem Maße.

Die klimapolitische Wende wird aber nur dann vorankommen, wenn es gelingt, auch einkommensschwächere Haushalte mitzunehmen. Bei den vermutlich notwendigen Verteuerungen wird diese Gruppe überproportional belastet. Gleichzeitig gehen steuerliche Entlastungen und ökonomische Anreize etwa zur Dämmung von Häusern oder Prämien für E-Autos an dieser Gruppe vorbei. Im Gegenteil, sie werden als Folge energetischer Sanierung von Wohnungen über die steigende Miete sogar zusätzlich belastet.

Einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen profitieren hingegen durchaus von Investitionsprogrammen in öffentliche Infrastruktur, wie den Öffentlichen Nahverkehr.

Man könnte aber auch Gebäudesanierungsprogramme mit sozialen Komponenten verbinden. So könnten Zuschüsse für Sanierungsmaßnahmen mit abnehmender Miethöhe oder festgelegter Mietobergrenzen steigen.

Dies sind nur zwei Ideen, die deutlich machen, dass eine Verbindung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit nicht nur sinnvoll, sondern auch möglich ist. Ich bin mir sicher, dass wir einige dieser Vorschläge in den kommenden Jahren vermehrt diskutieren werden, wenn es darum geht, die ökologische Wende auch sozial gerecht voranzubringen.

Fazit:

Soziale Gerechtigkeit hat viele Aspekte. Die häufig verwendeten Schlagworte der Leistungs-, Verteilungs- und Chancengerechtigkeit sind nur Teilaspekte, die deutlich machen, dass es ein gemeinsames Ringen darum braucht, was unsere Gesellschaft gerechter machen kann. Dabei darf dieses Ringen nicht an Landesgrenzen halt machen. Was es für soziale Gerechtigkeit braucht, muss auch international beantwortet werden. Von daher ist der Deutsche Caritasverband nicht nur in Deutschland politisch aktiv, sondern setzt sich weltweit für die Lebensbedingungen von Menschen ein. Die sozialen Herausforderungen sind immens und reichen von ökonomischer Armut über politische Benachteiligung und Bildungsarmut bis hin zu ökologischer Ungerechtigkeit. Gerade Papst Franziskus hat sich mit seiner Enzyklika *Laudato Si* dafür stark gemacht, die ökologischen Fragen unserer Zeit auch als soziale Fragen zu verstehen. Sie sind letztlich nichts anderes als zentrale Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. Dass es für die Lösung dieser Probleme unterschiedliche Perspektiven braucht, liegt auf der Hand. Immer wieder lädt Papst Franziskus zu einem Dialog ein, der niemanden ausschließen soll. Wir – so der Papst – „brauchen ein Gespräch, das uns alle zusammenführt, denn die Herausforderung der Umweltsituation, die wir erleben, und ihre menschlichen Wurzeln interessieren und betreffen uns alle.“¹¹

In diesem Sinn danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes

¹¹ LS 14.